

Neue Zürcher Zeitung

Fünf Jahre Verfassung

kg. · Die neue Verfassung fand im Abstimmungskampf 2005 viele Befürworter; nur die SVP und einige Freisinnige bekämpften sie. Haben sich die Hoffnungen der Befürworter erfüllt? Ist es so schlimm gekommen, wie die Kritiker prophezeiten? Romana Heuberger war Präsidentin der

3.1.2011

kg. · Die neue Verfassung fand im Abstimmungskampf 2005 viele Befürworter; nur die SVP und einige Freisinnige bekämpften sie. Haben sich die Hoffnungen der Befürworter erfüllt? Ist es so schlimm gekommen, wie die Kritiker prophezeiten? Romana Heuberger war Präsidentin der FDP-Fraktion im Verfassungsrat, der die neue Verfassung ausarbeitete. Sie verweist auf das Kapitel Finanzen und zieht eine «erfreulich positive Bilanz». Dass über Änderungen des Steuergesetzes, die höhere oder neue Steuern bringen, obligatorisch das Volk entscheidet, hält sie für eine wirksame Präventionsmassnahme.

Wichtig für Gleichstellung

«Zürcher Frauen in guter Verfassung» – so lautete der Slogan eines Komitees, in dem sich Heuberger Parteikollegin Carmen Walker Späh engagierte. Die Verfassung habe bereits für einen «wichtigen gleichstellungs- und familienpolitischen Akzent» im Kanton Zürich gesorgt, sagt die Kantonsrätin und ehemalige Verfassungsrätin. Sie bezieht sich auf die Annahme des Gegenvorschlags zur Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja» im Juni dieses Jahres. Gemäss Verfassung fördern Kanton und Gemeinden «in Zusammenarbeit mit Privaten die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Betreuungsaufgaben».

Markus Arnold, Präsident der kantonalen CVP und im Verfassungsrat Präsident der CVP-Fraktion, streicht die Fortschritte im Verhältnis von Kirche und Staat heraus sowie die Anerkennung zweier jüdischer Gemeinschaften. Dagegen müsste laut Arnold das Kapitel über die Volksrechte überarbeitet werden. Das neu eingeführte konstruktive Referendum sei zwar «gut gemeint» gewesen, könne sich aber «chaotisch entwickeln» – es hat das Bundesgericht bereits mehrmals beschäftigt.

Kantonsrat Martin Naef dagegen, im Verfassungsrat Chef der SP-Fraktion, findet, es müssten weitere Erfahrungen mit dem konstruktiven Referendum gesammelt werden und es müsse sich eine Rechtspraxis entwickeln können. Positiv wertet er, dass die Volksrechte dank tieferen Unterschriftenzahlen reger genutzt würden. Im Vordergrund steht für ihn aber, dass die Verfassung wieder eine «Steuerungs- und Orientierungsfunktion» habe: In der Tagespolitik werde häufig auf sie verwiesen, etwa beim Thema Kinderbetreuung oder in den Arbeiten am Integrationsgesetz.

Ständig steigende Ausgaben

SVP-Kantonsrat Hans Heinrich Raths war 2005 Mitglied des Nein-Komitees: Die Verfassung verankere in zu vielen Fällen Ansprüche gegenüber dem Staat, was dazu führe, dass bei Kanton und Gemeinden die Ausgaben ständig stiegen. Kritisiert hatte Raths zudem das Öffentlichkeitsprinzip, das jedermann das «Recht auf Zugang zu amtlichen Dokumenten» gewährleistet. Das führe zu mehr Bürokratie und öffne Querulanten Tür und Tor, sagte er warnend im Abstimmungskampf. Umgesetzt ist das Prinzip seit Oktober 2008. Zumindest in Pfäffikon, wo Raths Gemeindepräsident war und Gemeinderat ist, hat sich das nicht bewahrheitet – bisher sei noch kein einziges Gesuch um Einsicht in Dokumente eingegangen.

Auch FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger trat als Gegner der neuen Verfassung auf. Kanton und Gemeinden übernehmen zusätzliche Aufgaben, die Freiheit werde weiter eingeschränkt, kritisiert er. Die Frage, ob seine Befürchtungen berechtigt waren, liess er unbeantwortet: Er habe sich in den letzten Jahren «mehrheitlich mit der nationalen Politik beschäftigt», mailte Leutenegger, der bis 2008 dem Vorstand der kantonalen FDP angehörte.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.